

Sächsisch-Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porschtzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 261/262

Bad Schandau, Dienstag, den 8. November 1927

71. Jahrgang

Kursstürze infolge der Gilbert-Deuttschrift

Schwarzer Montag an der Börse.

Folgen des Reparationschriftwechsels.

Die Kritik des Reparationsagenten Parler Gilbert an der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Börse außerordentlich ungünstig beeinflusst. Obwohl die Großbanken erklärten, daß der Kursstand schon seit Wochen zurückgegangen wäre und für die Baissespekulanten jetzt kein Anlaß mehr für eine neue Ermäßigung des Kursstandes der deutschen Aktien vorläge, kam es in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M. zu Abgaben auf der ganzen Linie. Unglücklicherweise wurde zur gleichen Zeit wie die Gilbert-Deuttschrift auch ein Situationsbericht der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf veröffentlicht, der pessimistisch gehalten war und von den erwarteten Dividendenaussichten nicht sprach. Er wirkte daher auf die Aktien der westdeutschen Industrieunternehmen nachteilig ein. Wenn diese Papiere der Schwerindustrie im Kurse zurückgehen, folgt zwangsläufig eine allgemeine Abschwächung. Es gab bei den bekannten hochbewerteten Aktien Rückgänge um 10 bis 15 Prozent, Vereinigte Glanzstoffwerke Elberfeld gingen sogar um 28 Prozent zurück. Das meistgehandelte Papier, F. G. Farbenindustrie, verlor 14 Prozent. Auch festverzinsliche Werte, Obligationen und Goldpfandbriefe gingen um 1/2 bis 1 Prozent zurück. Das ist um so auffälliger, als doch bei einer schlechteren Rentabilität der industriellen Unternehmen die Verzinsung für diese Werte nach dem Handelsgesetz dieselbe bleiben muß.

Auch das Privatpublikum erschien auf den Börsenmärkten mit großen Angeboten, ein Beweis, wie beunruhigend die Reparationsauseinandersetzung auch außerhalb der Finanzkreise gewirkt hat.

Die Newyorker Börse bleibt fest.

New York, 7. November. Abgesehen von ganz geringfügigen Schwankungen nach unten, die bei wesentlichen deutschen Papieren der Bruchteil eines Punktes darstellen, reagierte die Newyorker Börse nicht auf Gilberts Memorandum, was als ein Zeichen dafür angesehen wird, daß die amerikanischen Geldgeber, im Gegensatz zu Parler Gilbert, die deutschen Anleihen für zu gesund halten, als daß sie ernstlich gefährdet werden können.

Gilberts Deuttschrift in Uebereinstimmung mit Washington.

Washingtoner Meldungen bestätigen, daß die Uebereinstimmung der Deuttschrift Parler Gilberts an die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Staatsdepartements und insbesondere des Schatzamtes erfolgt sei. Besonders vertrete man in Washington den Standpunkt des Reparationsagenten bezüglich der Mahnung zu größerer Sparamkeit. Man begrüßt es, daß sich die Verhandlungen zwischen Parler Gilbert und der Reichsregierung in voller Offenheit abspielen.

Mellon für Gilbert.

Washington. Schatzsekretär Mellon, der während einer Presskonferenz um seine Meinung zum Gilbert-Memorandum befragt wurde, erklärte: „Das Memorandum spreche für sich selbst. Die Kritik Parler Gilberts sei in erster Linie gegen staatliche und kommunale Anleihen zu unproduktiven Zwecken gerichtet. Es liege in Deutschlands eigenem Interesse, so sparsam wie möglich zu wirtschaften, damit es sich gegen den Vorwurf schützen könne, nicht alle erforderlichen und möglichen Anstrengungen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemacht zu haben.“

Reichsregierung und Reparationsagent.

Man mag von dem Memorandum des Reparationsagenten sagen, daß es sich immerhin noch in den Formen äußerer Höflichkeit hält, man mag auch sagen, daß die deutsche Antwort ein sehr weites Entgegenkommen beweist — das räumt beides die Tatsache nicht aus der Welt, daß hier der Reparationsagent, dort die Reichsregierung die Dinge mit ganz verschiedenen Augen ansehen. Man liest in der Erwiderung der Reichsregierung: „Auch vom Standpunkt der Gläubigerländer aus kann es nicht ohne Bedeutung sein, ob das Deutschland, von dem die Leistungen des Sachverständigenplanes erwartet werden, ein Land voller politischer Erregung und voller innerer Unruhe ist, weil eine Reihe von nach der Überzeugung des deutschen Volkes und seiner Regierung lebenswichtigen Fragen nicht oder nicht vollständig gelöst sind.“ Hier, in diesem Gedanken liegt der Punkt, in dem die Gegensätze aufeinanderprallen; die Regierung spricht von „staatspolitischen Notwendigkeiten“, legt großes Gewicht auf die Erhaltung des „Leistungswillens des Gesamtvolkes“ — und dem Reparations-

agenten ist das alles nicht nur gleichgültig, sondern er bekämpft jeden Versuch der deutschen Reichsregierung, die Erregung im Volke zu dämpfen, weil das den Dawes-Plan in Gefahr bringe. Er beschuldigt die Regierung einer glatten Sabotage der Ausführung dieses Planes, sie wolle ihn, genau besehen, überhaupt nicht erfüllen; „auf der Reichsregierung selbst muß die Verantwortung für eigene Handlungen ruhen bleiben, welche durch übermäßiges Anspornen der Einfuhren und durch Behinderung der Ausführungen künstlich darauf ausgehen, die Transfermöglichkeiten zu beschränken“. Durch die Kommentare der Londoner, Newyorker und Pariser Presse wird der Satz Parler Gilberts noch unterstrichen; wenn den „Ratschlägen“ des Generalagenten nicht gefolgt, die „Tendenzen“ in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht geändert würden, dann würde dies „den Eindruck verstärken (!), Deutschland handele nicht mit gehöriger Berücksichtigung seiner Reparationsverpflichtungen“.

Parler Gilbert ist eben nur Sachwalter der Gläubigerstaaten und lehne es — im falsch verstandenen Interesse seiner Mandanten — rundweg ab, irgendwelche Rücksicht auf das historische Gewordene in Deutschland zu nehmen. Die Antwort der Reichsregierung trifft bei einem Punkt diesen Gegensatz der Anschauungen besonders deutlich: Der Finanzausgleich, also die Aufgaben- und die Lastenverteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland, läßt sich nicht vom rein wirtschaftlich-finanziellen Standpunkt allein aus beurteilen, sondern ist nur als Produkt einer langen historischen Entwicklung anzusehen, und „das ist ganz besonders schwierig für jeden, der die geschichtliche Entwicklung nicht vor Augen hat“. Darüber geht Parler Gilbert in seinem jüngsten Memorandum ebenso hinweg, wie er schon in seinen früheren Berichten das Verhältnis zwischen dem Reich auf der einen, den Ländern und den Gemeinden auf der anderen Seite zum Gegenstand schärfster und rücksichtslosester Kritik gemacht hat. In ihnen sieht er nur den Hemmschuh für eine verwaltungsmäßig-organisatorische, wirtschaftliche, finanzielle Vereinheitlichung Deutschlands zu dem alleinigen Zwecke, Träger der Reparationsverpflichtungen zu sein, einen Haushalt aufzustellen, von dem die Ausgaben für jene Körperschaften möglichst weitgehend zu verschwinden haben, daß dies nicht geschieht mit der Schnelligkeit, wie es Gilbert verlangt, ist für ihn Beweis genug für die Behauptung, Deutschland zeige nicht bloß einen Willensmangel gegen die Durchführung des Dawes-Planes, sondern verhindere die Transfermöglichkeit.

Gerade auf diese kommt es ja dem Reparationsagenten natürlich in erster Linie an: es ist ihm nicht genug, daß Deutschland zahlt, sondern die Gläubigerländer sollen auch „bar Geld sehen“. Wenn er davon spricht, daß die steigende Ausgabenwirtschaft der deutschen Regierung ein schnelles Anwachsen der deutschen Ausfuhr über die Einfuhr verhindere, so rührt er damit an der Grundfrage des gesamten Dawes-Planes. Er war darauf abgestellt worden, daß die deutsche Wirtschaft sich schnell erholen würde, um die Lasten des Planes durch die Steigerung der Ausfuhr über die Einfuhr, volkswirtschaftlich gesehen, hereinzubringen. Dann erst ist ein die Währung nicht erschütternder Transfer möglich. Aber diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt; Parler Gilbert sagt: durch die Schuld der deutschen Regierung. Was das auf unsere Kreditwürdigkeit im Ausland an nachteiligem Einfluß ausüben kann, braucht nicht erst hervortreten zu werden.

Bayern gegen den Einheitsstaat.

München. Die Bayerische Volksparteikorrepondenz nimmt in einem „Wie lange noch?“ überschriebenen Artikel in scharfer Form gegen die Rede des preussischen Kultusministers Dr. Becker gelegentlich der Jahrestagsfeier der Hochschule für Politik in Berlin Stellung und bemerkt, diese Rede bedeute für das außerpreussische Deutschland einen Schlag ins Gesicht und müsse in den weitesten bayerischen Kreisen Erbitterung auslösen. Wenn der preussische Kultusminister glaube, Bayern würde mitmachen bei seinem großpreussischen Einheitsstaat, so befinde er sich in einem großen Irrtum. Bayern werde niemals mitmachen und sich auch nicht dazu zwingen lassen. Man unterwerfe auch die immer lauter werdende Stimme aus dem schwäbischen und dem badischen Lande nicht, die vor dem Beginn warten, den deutschen Süden verpreußen zu wollen. Wir wollen keine Gepeitscher an die Wand malen, aber es gibt eine Einheit deutscher Gefühle vom Rhein bis nach Wien.

Für eilige Leser.

- * Der Reichspräsident empfing am Montag den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag.
- * Auf dem demokratischen Parteitag des Wahlkreises Potsdam I wurde Chefredakteur Georg Bernhard einstimmig durch Affirmation als Spitzenkandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.
- * Der Präsekt von Bogen hat ein Dekret erlassen, das die Anwendung der italienischen Sprache für alle Anschriften, Schreiben und an die Bevölkerung gerichteten Rundgebungen vorsieht. Die Rundgebungen müssen vor ihrer Veröffentlichung den kommunalen Behörden vorgelegt werden.
- * Der japanische Innenminister hat alle kommunistischen Versammlungen und Veranstaltungen verboten. In Tokio, Kobe, Yokohama und Seoul sind über 64 Kommunisten verhaftet worden. Das kommunistische Büro in Tokio wurde geschlossen.

Einen Schlag hat damit der Reparationsagent gegen uns geführt, dessen schwere Folgen wir bald genug verspüren werden.

Echo im Auslande.

England.

Die Londoner Presse behandelt die Auseinandersetzung zwischen dem Reparationsagenten und dem deutschen Reichsfinanzminister, Dr. Kötler, zwar zurückhaltend, aber doch mit deutlichem Unterton zur Kritik an der deutschen Finanzhandhabung. Die „Times“ bezeichnen das Schreiben Gilberts als eine wirksame Auflage gegen die deutsche Finanzpolitik. Seitdem, im Jahre 1924, durch den Dawes-Plan Deutschland finanziell Luft bekommen habe, sei dort eine Politik der Verschwendung eingerissen. Die Antwort des Reichsfinanzministers auf die „Anlagen“ Gilberts sei wenig überzeugend. — „Financial Review“ schreiben, daß die Deuttschrift des Reparationsagenten nicht geeignet sei, die Befürchtungen in bezug auf die glatte Abwicklung des Reparationsplanes zu beseitigen. Deutschlands jetziger Wohlstand, der auf geborgtem Gelde beruhe, sei künstlich und unnatürlich und könne eines Tages zur Katastrophe führen.

Frankreich.

Die französischen Blätter heben aus der Antwort Dr. Kötlers an Gilbert vor allem die Stelle hervor, wo er im Namen der Reichsregierung sich noch einmal formell zur gewissenhaften Durchführung des Dawes-Planes verpflichtet. — „Matin“ betrachtet die Antwort der Reichsregierung als einen politischen Akt von höchster Bedeutung. Es sei einer der Vorteile des Dawes-Planes, daß durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und den interessierten Mächten eine lokale Aussprache ermöglicht werde. — „Journal Industrielle“ erklärt, vom Standpunkt Deutschlands aus gesehen, bestätige die Lage die Schlussfolgerungen Parler Gilberts, daß das künstlich ererbte Kapital sich nur durch Ordnung, Wirtschaftlichkeit und Sparamkeit tatsächlich wieder bilden könne. Die Interessen Deutschlands deckten sich hier genau mit denen seiner Gläubiger. — „Populaire“ meint, schon heute könne man sich sagen, daß in zwei Jahren, wenn nicht schon früher, alle Mächte, die die Abkommen von London unterzeichnet haben, in ihrem eigenen Interesse veranlaßt werden würden, die Zahlungsbedingungen einer neuen Prüfung zu unterziehen. Dies werde vielleicht der Augenblick sein, endgültig die Höchstsumme der deutschen Reparationszahlungen festzusetzen.

Amerika.

Das Memorandum Parler Gilberts und die deutsche Antwort bildeten die Sentation der amerikanischen Sonntagblätter. Im allgemeinen wird der Schriftwechsel ansüßlich, doch nicht sehr freundlich für Deutschland besprochen. Man pflichtet Parler Gilberts Behauptungen bei, daß Deutschland zuviel Geld borge und zuviel ausgeben. Die Ausführung des Dawes-Planes müsse allen anderen Verpflichtungen vorausgehen.

Von farbigen Franzosen überfallen.

Darmstadt, 7. November. Am Sonnabend wurde am Ausgang des Drees Griesheim bei Darmstadt ein junges Paar von farbigen Franzosen überfallen. Der junge Mann erhielt Schläge ins Gesicht, während das Mädchen von ihnen in die Richtung des Waldes verschleppt wurde. Auf ihre Hilfserufe eilten mehrere Einwohner hinzu, die die Verfolgung der Täter aufnahmen, ohne jedoch Erfolg zu haben. Das Mädchen hat sich sodann, von den Farbigen zurückgelassen, auf Umwegen nach Hause begeben können. Die Täter konnten am Sonntag früh auf Betreiben der französischen Kommandantur festgestellt werden.

Polnische Militärgrenzwachen in Oberschlesien.

Warschau, 7. November. Wie aus amtlicher Quelle verlautet, beabsichtigt die polnische Regierung, an der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien militärische Grenzwachen einzurichten. Bisher wurde nur die polnische Ostgrenze militärisch bewacht, während an der Westgrenze Zollbeamte diesen Dienst versahen. Eine entsprechende Gesetzesvorlage ist bereits in Vorbereitung.